G 003 DGB-Bezirksvorstand Rheinland-Pfalz/Saarland
Lfd.-Nr. 1091

Europa für die Arbeitnehmer/innen gestalten

Beschluss des DGB-Bundeskongresses:
Annahme als Material zu Antrag G 001

Wir fordern

- *einen Marshallplan für Europa*
- *unsere interregionale Gewerkschaftsarbeit zu sichern*
- *die Bekämpfung der (Jugend-)Arbeitslosigkeit, z.B. durch grenzüberschreitende Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen.*
- *Rückführung der prekären Beschäftigung wie Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Werkverträge, insbesondere durch Beseitigung der rechtlichen Grauzonen im grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt der Großregion.*
- *Beteiligung der Gewerkschaften an grenzüberschreitenden Förderprogrammen, z.B. INTERREG 2014-2020, im Rahmen der europäischen Partnerschaft.*
- *Verstärkung der grenzüberschreitenden Beratungsangebote für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (EURES)*
- *Unterstützung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Gewerkschaften, z.B. der Interregionalen Gewerkschaftsräte*

Strategische Vorbemerkungen: Europa als zentrales ideologisches Kampffeld

1) Politische Ökonomie

Die Krise in Europa zeigte, was das europäische Modell des Kapitalismus auszeichnet. In einem großen Kraftakt trieben die Sozialpartner in Deutschland die Politik dazu, klassische keynesianische Wirtschaftspolitik zu betreiben. Einerseits konnten die flexiblen Arbeitszeitkonten, flankiert durch staatlich subventionierte Arbeitszeitverkürzung, genannt Kurzarbeit, die Menschen in Beschäftigung halten. Andererseits wurden durch kurz- und langfristige Investitionsprogramme, die Abwrackprämie und die Konjunkturpakete I+II, die Auftragseinbußen z.T. wettgemacht und den Einbruch in der Konjunktur deutlich abgemildert.

Da die zusätzlichen Kosten durch Rücklagen aus der Arbeitslosenversicherung bzw. über Schulden finanziert wurden, die bei der aktuellen Steuerpolitik zunehmend den Mittelstand treffen, haben die Menschen den richtigen Eindruck, dass sie die Krise bezahlen. Eine gerechte nationale Steuerpolitik ist deswegen ökonomisch richtig, und auch politisch notwendig.

Die eigentlichen Krisenursachen sind in der politischen Dauerkrise in den Hintergrund geraten: Die ökonomischen Ungleichgewichte in Europa haben in den Krisenjahren erheblich zugenommen, die Entwertung von Arbeit und Löhnen in Deutschland hat v.a. die preisliche Wettbewerbsfähigkeit erhöht. Da wir aber einen europäischen Binnenmarkt und einen gemeinsamen Währungsraum haben, treffen diese Unterschiede unreguliert zusammen. Die durch kurzfristige Renditeorientierung ausgelöste weltweite Bankenkrise wurde real, weil die Nachfrage sank, Überkapazitäten und Unterkonsumtion aufgrund der Austeritätspolitik v. a. den schwächeren Süden Europas traf. Die Abwärtsspirale wurde durch die Sparvorgaben der EU in Gang gesetzt, die Dauerkrise hält bis heute an. Als Erklärungsmuster dienen, wie so oft in der Geschichte, nationale Klischees, die reale Probleme mit Halbwahrheiten und Lügen garnieren. Es ist wohlfeil, dass wir uns nationalistisch als Musterknaben erhöhen können. Der Nationalismus unterdrückt die notwendige internationale Solidarität der Arbeitnehmer und den wahren Blick auf die Kräfteverhältnisse und die Profiteure dieser Politik. Die Entwicklung der privaten Vermögen in Deutschland, gerade der Superreichen, wirft einen Blick auf die Umverteilung, die durch die erzeugten maroden Staatshaushalte und die Anteilseignungen an privaten Banken organisiert wird.

In Deutschland haben wir in den letzten Jahrzehnten als einziges westliches Industrieland Reallohnverluste gehabt. Diese trafen v.a. die unteren Einkommensschichten. Diese Wettbewerbs- bzw. wirtschaftspolitische Strategie konnte nur deshalb erfolgreich sein, weil die Gewerkschaften bis in die 90er Jahre hinein ein angemessenes Lohnniveau erstritten hatten. Möglich wurde sie auch deshalb, weil die Entwertung landwirtschaftlicher Arbeit, gekoppelt mit der rigiden Geldpolitik der EZB, die Inflation auf Grundnahrungsmittel auf einem historisch niedrigem Niveau hielt.

Wirtschaftspolitisch ist diese Strategie, der Entwertung von Arbeit, langfristig problematisch. Der kurzfristige Effekt stärkerer Arbeitsintensität, wird durch die fehlende innovative Wettbewerbsfähigkeit, die nur durch erhöhten Kapitaleinsatz zu realisieren ist, torpediert. Mit anderen Worten: Wir kommen aus der „Geiz ist geil"-Strategie nur noch in einer gemeinsamen Kraftanstrengung raus. Wir müssen den Hebel jetzt umschalten, wenn wir die ökonomische Zukunft Deutschlands und Europas nicht gefährden wollen.

Zurzeit herrscht eine Wirtschaftspolitik vor, die das kapitalistische Zentrum Europa so behandelt, wie der IWF und die Weltbank in den letzten Jahrzehnten die Entwicklungsländer. Es herrscht aber kein Kapitalmangel vor, es gibt ein Verteilungsproblem, dass den Effizienzgedanken der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung ad absurdum führt.

Auf der Strecke bleibt der Gedanke Europas. Niemand begeistert sich zurzeit an „der Idee Europas", weil die Politik und die europäischen Institutionen mit der neoliberalen Austeritätspolitik verbunden werden. Und dass Europa deshalb nicht nur fälschlicherweise, sondern eklatant Akteur dieser Krise ist, nehmen die Leute zurecht wahr. Über den Umweg Europa haben die Bundesregierungen die Austeritätspolitik in die nationale Politik getrieben.

2) Soziale Krise

Die soziale Spaltung ist allgegenwärtig, in allen nationalen Gesellschaften. Diese „Einheit in der Differenz" ist das Ende des europäischen Sozialstaatsmodells, wenn wir jetzt nicht gegensteuern. Auf europäischer Ebene findet der ideologische Hauptangriff auf unser Sozial- und Tarifmodell statt.

*Durch die Sparvorgaben der „Troika" sind die Staaten, die Monate zuvor noch Rettungsschirme für die Banken aufgespannt haben, bestraft worden. Griechenland, Spanien, Portugal, Irland haben durch die Krise und die Bankenrettungen einen immensen Zuwachs ihrer Staatsverschuldungen hin-

nehmen müssen. Die Staatsverschuldung dann als Ursache der Krise zu definieren, ist eine ideologische Lüge, die wir nicht durchgehen lassen dürfen, schon gar nicht in der deutschen Diskussion.

In Südeuropa ist die Krise noch schneller und deutlicher spürbar. Arbeitslosenquoten von über 50% zeigen die Verschwendung des Potentials.

Die hohe (Jugend-)Arbeitslosigkeit darf nicht ausgenutzt werden, in dem wir die gut Qualifizierten in Massen abwerben und den „brain drain" erhöhen. Sonst ist niemand mehr vor Ort, um den Aufschwung zu organisieren.

Die „verlorene Generation" in Südeuropa darf nicht alleingelassen werden, sie darf nicht jede Hoffnung in Politik, in Solidarität verlieren. Wir haben die Aufgabe, als deutsche Gewerkschaften unseren Einfluss geltend zu machen, auch aus eigenem Interesse der deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir dürfen in dieser historischen Stunde nicht versagen. Das ist unsere Aufgabe und wir stellen uns den Herausforderungen.

Politische Antworten:

Politik der Austerität in Frage stellen: Wir brauchen einen Marshallplan.

Es ist das Gebot der Stunde, mit einem Kurswechsel die Weichen für die Zukunft zu stellen und damit die Konjunktur zu stabilisieren. Europa benötigt einen langfristig angelegten Wachstums- und Modernisierungspfad, der unseren Kontinent zukunftsfest macht, der adäquate Arbeitsverhältnisse für das 21. Jahrhundert schafft und Wohlstand für alle ermöglicht.

Das erfordert Investitionen in nachhaltige Energieerzeugung, in die Reduktion des Energieverbrauchs, in nachhaltige Indus-

trien und Dienstleitungen, in Bildung und Ausbildung, in Forschung und Entwicklung, in moderne Infrastruktur, emissionsarme Städte und Gemeinden, in die Effizienz der öffentlichen Verwaltungen. Außerdem erfordert es auch die gerechte Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen an einer besseren Zukunft.

Wir fordern eine politische Strategie, die sowohl kurzfristige Konjunkturentwicklung als auch das längerfristige Wachstumspotenzial eng zusammen berücksichtigt. Der DGB schlägt dafür ein auf 10 Jahre (von 2013 bis 2022) angelegtes Investitions- und Aufbauprogramm, den „DGB-Marshallplan"

für alle 28 EU-Länder vor. Dieser Marshallplan stellt einen Mix aus institutionellen Maßnahmen, direkten öffentlichen Investitionen, Investitionszulagen für Unternehmen und die Konjunktur stabilisierenden Konsumanreizen dar.

Im Zentrum des Vorschlags stehen ein Umbau und eine Modernisierung unserer europäischen Volkswirtschaft mit dem Ziel, energiearm und ressourcenschonend zu wirtschaften und uns damit langfristig von Brennstoffimporten unabhängig zu machen und zugleich den CO2-Ausstoß in Europa massiv zu reduzieren. Zur Umsetzung des „Energiefahrplans 2050" der Europäischen Kommission werden in dem Investitionsprogramm 150 Mrd. Euro veranschlagt.

Weitere 110 Mrd. Euro sollen aufgebracht werden, um unsere Städte und Gemeinden auf eine alternde Gesellschaft vorzubereiten. So sollen die Bildung und Ausbildung der Menschen gefördert werden, der Bestand an öffentlicher und privater Infrastruktur sollen modernisiert und ausgebaut und Industrie- und Dienstleistungszentren sollen erschlossen werden. Damit stärkt der Marshallplan Europas industrielle Wertschöpfung und öffentliche Dienstleistungen, hilft die Verkehrsinfrastruktur zu modernisieren und den Ausbau von Breitbandnetzen zu beschleunigen, sorgt für mehr Investitionen in Bildung und Ausbildung und eine nachhaltige Bewirtschaftung der knappen Wasserressourcen. Vor allem aber wird er die Kooperation zwischen den europäischen Ländern verbessern, die die gewaltigen Herausforderungen von Zukunftsgestaltung und Krisenmanagement nur gemeinsam bewältigen können.

Zusammengenommen ergibt sich ein jährlicher Finanzierungsbedarf von 260 Mrd. Euro. Das entspricht knapp über 2 % des europäischen BIP.